

Massive Angriffe auf den § 218

Initiative der Humanistischen Union wirkt sich aus

Während noch vor 2 Jahren die Humanistische Union die einzige politische Organisation war, die nachdrücklich eine radikale Reform des § 218 StGB forderte, hat sich inzwischen eine breite Bürgerinitiative, getragen vor allem von Frauen, des Problems angenommen. Die Presse hat in den letzten Wochen ausführlich darüber berichtet. Diese Initiative ging wesentlich von der „Frauenaktion 70“ in Frankfurt aus, bei deren Gründung die Humanistische Union aktiv mitgewirkt hat. Obwohl die „Aktion § 218“ im Rahmen ihrer Selbstbeziehungskampagne die radikale und an den Realitäten unseres Strafrechts wohl vorbeigehende Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen stellt, hat sie auf äußerst dankenswerte Weise das ganze Problem der Öffentlichkeit in einem bisher nicht bekannten Maße ins Bewußtsein gebracht. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch der voriges Jahr vorgelegte konkrete Alternativvorschlag der Humanistischen Union zum Tatbestand erneut in die Diskussion gekommen.

In München und Essen haben die Justizbehörden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Durchsuchungsbefehle waren im Rahmen von Ermittlungsverfahren „gegen unbekannt“ ausgestellt worden. Praktische Ermittlungszwecke waren nicht erkennbar, da die gesammelten Selbstbeziehungsunterschriften sowieso zur Veröffentlichung bestimmt sind. Offensichtlich sollte also unter Mißbrauch strafprozessualer Mittel eine politische Bewegung behindert werden. Dabei kam es den Ermittlungsbeamten auch auf einige Verfassungsverletzungen (in München beschlagnahmte man auch die gesamten Solidaritäts-Unterschriften, in Essen beschlagnahmte man die Teilnehmerliste einer öffentlichen Veranstaltung) mehr oder weniger nicht an. Die Humanistische Union hat mit entsprechender Schärfe gegen dieses Vorgehen protestiert. Sie hatte um so mehr Grund dafür, als der Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Essen auch gegen unseren dortigen Ortsverband gerichtet war. Eine Durchsuchung wurde beim Ortsverband allerdings nicht vorgenommen. Die Essener Staatsanwaltschaft begnügte sich damit die Räume des allgemeinen Studentenausschusses der pädagogischen Hochschule und die eines Studenten zu durchsuchen.

Das Engagement der Humanistischen Union in dieser Frage fand in der Presse ein breites Echo. Bis zum Redaktionsschluß dieser MITTEILUNG lagen uns insgesamt 183 Pressereaktionen vor. Darunter befinden sich auch eine ganze Reihe von Erwähnungen oder gar ausführlichen Würdigungen unseres Alternativvorschlags. Besonders erwähnenswert ist, daß eine ganze Reihe von Ortsverbänden der Humanistischen Union sich durch eigene Veranstaltung und Unterschriftenaktionen an der breiten Bewegung für die Re-

form des § 218 beteiligen. Sie arbeiten dabei vielfach mit der Frauenaktion und anderen Organisationen zusammen. In Berlin wurde zum Beispiel der internationale Kongreß für ärztliche Fortbildung zum Anlaß genommen die Öffentlichkeit mit dem Problem des § 218 zu konfrontieren. Inzwischen wurden in Berlin laut einer Pressemitteilung unseres dortigen Landesverbandes rund 70 000 Solidaritäts-Unterschriften und ca. 1500 Selbst- oder Beihilfebezeichnungen gesammelt.

Wie in den anderen Landesverbänden und OV's nahm auch NRW die von Alice Schwarzer initiierte Kampagne gegen den § 218 des StGB auf. Noch vor Erscheinen des STERN Nr. 24 (3. 6. 1971) verschickte der OV Köln an alle Mitglieder und Interessenten im Raum Köln den Appell, mit dem die Frauen aufgefordert wurden, sich selbst öffentlich der Abtreibung zu bezichtigen. Die Resonanz war sehr gering. Da dem OV Köln das Erscheinungsdatum des STERN Nr. 24 bekannt war, plante er für 2 Tage nach Erscheinen eine Straßenaktion. Es kam zu ca. 500 Unterschriften. Unterstützt wurde die Aktion zeitweise von der SPD-MdL Anke Brunn.

In Düsseldorf und Dortmund folgten bald darauf ähnliche Aktivitäten. Dabei waren die OV's entscheidend beteiligt. Die Essener Aktion vom 3. 7. wurde vom NRW-Landessprecher Helge Klawitter vorbereitet. Der Ortsverband Essen meldet von einer einzigen Straßenaktion 2000 Solidaritäts-Unterschriften und ca. 100 Selbstanklagen. In Köln ist inzwischen die Stadteilarbeit angelaufen. Kontakte zu Gewerkschafterinnen bestehen. Gemeinsam mit den politischen Gruppen „Frauenforum“ und „Heinzelmenschen“ wird am 24. 7. 1971 eine weitere Straßenkampagne durchgeführt.

Der Ortsverband Lübeck hat in einer Flugblattaktion ebenfalls das Problem des § 218 aufgegriffen. Gleichzeitig bemüht er sich die laufende Diskussion auch in die kleineren Orte Schleswig-Holsteins zu tragen. So fand am 15. Juli in Neustadt/Holstein eine Podiumsdiskussion statt.

Der Ortsverband Bremen verteilte im Rahmen einer Straßenaktion 10 000 Flugblätter. Innerhalb von ca. 5 Stunden wurden allein 2000 Unterschriften gesammelt. Unser Frankfurter Ortsverband ist in dieser Frage schon seit langem besonders stark engagiert. Der in Hannover erst wieder im Aufbau sich befindende Ortsverband hat sich trotzdem ebenfalls auf einer Mitgliederversammlung mit diesem Problem befaßt. Ihm gelang es, in zwei sehr ausführlichen Stellungnahmen in der Hannoveraner Presse unsere Forderung der Öffentlichkeit mitzuteilen. In Karlsruhe wurden an einem einzigen Samstag bei einer Straßenaktion 1500 Unterschriften gesammelt. Die Lokalpresse in Karlsruhe fand es besonders berichtenswert, daß zahlreiche Angehörige eines in der Nähe gelegenen Polizeireviere sich mit ihrer Unterschrift mit der Aktion solidarisierten. In Lüneburg fand eine Forumsdiskussion über das Problem statt. Die Mehrzahl der Teilnehmer sprach sich für eine Liberalisierung des § 218 aus. 61 Teilnehmer unterschrieben eine Liste für die ersatzlose Streichung des Paragraphen, 80 sprachen sich für den Entwurf der Humanistischen Union aus und 25 bekannten, selbst gegen den Paragraphen verstoßen zu haben.

In dem relativ kleinen Ortsverband Rüsselsheim wurden auf Anhieb

Hinweise

Der Tätigkeitsbericht des Vorstands erscheint in den nächsten Mitteilungen.

Das Deutsche Fernsehen (1. Programm) bringt am Freitag, den 3. September um 17.25 Uhr eine Sendung über die Humanistische Union.

200 Unterschriften gesammelt. Hier solidarisierten sich sowohl der Landrat wie 2 SPD-Abgeordnete mit der Aktion der Humanistischen Union.

Ober der Bemühungen des Ortsverbandes Marburg wurde bereits in den letzten MITTEILUNGEN berichtet.

Besonders große Resonanz für unsere Bemühungen meldet der Ortsverband Stuttgart. Er veranstaltete am 23. und 26. Juni zusammen mit anderen Gruppen eine Straßenaktion zur Unterschriftensammlung. An insgesamt 12 Ständen wurden an diesen 2 Tagen über 10 000 Solidaritäts-Unterschriften und 50 Selbstanklagen gesammelt. Es unterschrieben unter anderem mehr als die Hälfte der Mitglieder des Stuttgarter Stadtrates. Am 2. Juli fand eine Podiumsdiskussion statt. Sowohl über diese wie über die Straßenaktion drehte das Regionalfernsehen einen Bericht. Die Aktion wird fortgeführt und ist inzwischen auch auf die kleineren Orte in der Umgebung Stuttgarts ausgedehnt worden. Auch der Wiesbadener Ortsverband veranstaltete eine Podiumsdiskussion über das Problem. An dieser nahmen unter anderem auch der Staatssekretär im Hessischen Justizministerium Horst Werner teil, der sich mit dem Vorschlag der Humanistischen Union solidarisierte und unmittelbar nach der Veranstaltung der Humanistischen Union beitrug. Selbst der katholische Theologe, der an dieser Podiumsdiskussion teilnahm, lehnte zwar moraltheologisch die Abtreibung ab, erklärte aber, man könne nicht erwarten, daß der Staat den Büttel der Kirche spiele. Am nächsten Tag wurden bei einer Straßenaktion fast 2400 Unterschriften gesammelt.

Fritz-Bauer-Preis für Birgitta Wolf

Aus Anlaß des 68. Geburtstages von Dr. Fritz Bauer am 16. Juli 1971 gibt der Bundesvorstand der Humanistischen Union bekannt, daß er den diesjährigen Fritz-Bauer-Preis an Frau Birgitta Wolf verleiht. Frau Wolf hat sich in besonderem Maße um die Gefangenen- und Straftatensorgen verdient gemacht. Sie hat sich publizistisch nicht nur allgemein für die Demokratisierung und Humanisierung des Strafvollzugs eingesetzt, sondern auch in vielen konkreten Einzelfällen mit großem persönlichen Einsatz geholfen. Besonders hervorzuheben ist ihre Sorge um jugendliche Straftäter der unmittelbaren Nachkriegszeit, die bis in die jüngste Zeit eine zumindest heute längst sinnlos gewordene Strafe zu verbüßen hatten. Die Humanistische Union stiftete den Fritz-

Bauer-Preis in Erinnerung an ihr 1968 verstorbenes Gründungsmitglied, den Reformjuristen und ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer. Er wird „für besondere Verdienste um die Demokratisierung, Liberalisierung und Humanisierung der Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland“ verliehen.

Die bisherigen Preisträger sind Frau Dr. Helga Einsele, Leiterin der Frauenstrafvollzugsanstalt Frankfurt und Bundespräsident Gustav Heinemann.

Kirchensteuerzahlung nach Kirchenaustritt verfassungswidrig

Das Bundesverwaltungsgericht hat 1970 entschieden, daß die Vorschrift des preußischen Gesetzes, betreffend den Austritt aus den Religionsgesellschaften, die die Erhebung von Kirchensteuern nach Wirksamwerden des Kirchenaustritts ermöglicht, nicht verfassungswidrig sei. Gegen dieses

Urteil war seinerzeit eine Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht nicht möglich, weil es sich um eine sogenannte Berliner Sache handelte. Ähnliche Regelungen sehen auch die entsprechenden Landesgesetze in anderen Bundesländern vor. Die Humanistische Union hält die Besteuerung von Nichtmitgliedern der Kirchen auch für eine kurze Frist für unvereinbar mit dem Artikel 4 des Grundgesetzes. Sie wird sich deshalb, sobald sich dazu Gelegenheit ergibt, für eine verfassungsgerichtliche Klärung einsetzen. **Wir bitten daher alle Mitglieder, die in Zukunft aus der Kirche austreten und nach Wirksamwerden ihres Austritts noch zur Kirchensteuer herangezogen werden, uns sofort zu informieren und Rechtsmittel einzulegen.** Wir werden für sie das Verfahren bis zum Bundesverfassungsgericht durchführen, um endlich eine verfassungsgerichtliche Klärung des Problems zu erreichen.

Möglicherweise sind auch andere Ortsverbände in dieser Frage aktiv geworden. Da aber die Informationen der Geschäftsstelle durch die Ortsverbände immer noch zu wünschen übrig läßt, können wir darüber nicht berichten.

So erfreulich all diese Aktivitäten sind, eines muß jedoch sehr kritisch angemerkt werden: Einige der Ortsverbände haben sich im Eifer des Gefechts dazu hinreißen lassen, vom Vorschlag der Humanistischen Union abzurücken und ebenfalls die ersatzlose Streichung des § 218 zu fordern. Ein solches Abweichen von, für die gesamte Humanistische Union verbindlichen Beschlüssen macht natürlich in der Öffentlichkeit keinen besonders günstigen Eindruck.

Neues Taschenbuch über Aktionsmodelle

Unter dem Titel „Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung?“ hat Heinz Grossmann in der Fischer-Taschenbuchreihe „Informationen zur Zeit“ eine Sammlung von Berichten über verschiedene herausragende Bürgeraktionen der letzten Zeit herausgebracht. Dieses Taschenbuch enthält u. a. Berichte über die „Frauenaktion 70“, die aus einer HU-Projektgruppe hervorgegangen ist, über die Bürgerinitiative „Verändert die Schule jetzt“, über Elterninitiativen für repressionsfreie Erziehung, über Kampagnen gegen Mietwucher usw. Dieses Taschenbuch ist über die Geschäftsstelle der HU, 8 München 23, Destouchesstraße 48 zu beziehen.

Kurzberichte - Informationen - Einladungen

Neugründungen und Reaktivierungen

Die Mitglieder der Humanistischen Union in Kaiserslautern trafen sich vor kurzem, um die Möglichkeiten der Gründung eines Ortsverbandes Kaiserslautern zu erörtern. Die Koordination der Vorarbeiten hat Herr Heinz Bittner, 675 Kaiserslautern, Ohlkasterhohl 10, Tel.: 0631/3629 übernommen. Alle Interessenten in Kaiserslautern und Umgebung bitten wir, sich mit Herrn Bittner in Verbindung zu setzen.

Vom Ortsverband Lübeck gehen starke Bemühungen aus, die Arbeit der Humanistischen Union im ganzen Lande Schleswig-Holstein zu aktivieren. Zu diesem Zwecke wurden in der letzten Zeit mehrere örtliche Zusammenkünfte durchgeführt. Auf diesen wurde unter anderem beschlossen, am Sonnabend, den 4. September 1971 in Neumünster eine öffentliche Podiumsdiskussion zu Erziehungsfragen zu veranstalten. Anlässlich diesen Termins sollen auch alle Mitglieder der Humanistischen Union in Schleswig-Holstein eingeladen werden, um über die Gründung eines Landesverbandes abzustimmen. Wir bitten diesen Termin in Schleswig-Holstein vorzumerken.

Der Ortsverband Hanau hat sich nunmehr auch formell neu konstituiert. Auf einer Mitgliederversammlung am 2. Juli wurde Herr Kurt Skrdlant, 6451 Bruchköbel, August-Bebel-Straße 18 zum Ortsverbandsvorsitzenden gewählt.

Nachrichten aus NRW

Aktion „Wie hoch sollen unsere Mieten noch steigen?“ In Köln, Oberhausen (17. 6.) und Essen (24. 6.) fanden im Juni Informationsveranstaltungen zum geltenden Boden- und Mietrecht statt, auf denen auch die für den Herbst geplante Kampagne in NRW diskutiert wurde. Dabei wurde deutlich, daß dieses Thema für viele Personen zu abstrakt und zu schwierig erscheint. Es wird vor allem Aufgabe des Arbeitskreises, der sich zu diesem Thema in NRW gebildet hat, sein, unsere Argumente und Forderungen einfach und verständlich zu formulieren.

Dieser Aufgabe diene u. a. auch das Seminar am 3./4. 7. in Oberhausen. Zwei weitere Seminare am 15. 8. und 28./29. 8. sollen folgen. Diese Seminare stehen jedermann, insbesondere natürlich HU-Mitgliedern offen.

Am 8. 6. wurde zwischen Vertretern der Landesverbände NRW der Jungdemokraten, Jungsozialisten und HU die gemeinsame Durchführung der Aktion (25. 9.–2. 10. 1971) besprochen und beschlossen. Auf Landesebene sollen den örtlichen Organisationen Plakate, Flugblätter und Informationsbroschüren zur

Verfügung gestellt werden, Straßenaktionen und Podiumsdiskussionen sollen örtlich organisiert werden, wobei die HU zunächst die Vorbereitung der Diskussionsveranstaltungen übernommen hat.

Folgende Termine für Diskussionen wurden bereits festgelegt: KÖLN 28. 9., ESSEN 29. 9., DOSSELDORF 30. 9. und DORTMUND 1. 10. 1971. Straßenaktionen sollten sich auf die beiden Samstage (25. 9./2. 10.) verteilen.

Anfragen bei den einzelnen Ortsverbänden oder beim Landesverband (Klawitter, 43 Essen, Klingemannstraße 16).

Mitgliederwerbung: Ab August steht ein Werbeblatt mit den wichtigsten Angaben über die HU und den Anschriften der Ortsverbände und Arbeitskreise in NRW zur Verfügung. Es kann bei Ortsverbänden oder beim Landesverband angefordert werden.

In Essen konnte bei einer Werbeaktion im Juni der Mitgliederbestand um 12 Prozent erhöht werden. Dabei wurden etwa 200 Interessenten, die während des letzten Jahres laufend über die HU-Tätigkeit unterrichtet worden waren, gezielt mit entsprechenden Vordrucken angeschrieben, ob sie weiterhin über die HU informiert werden oder ihr beitreten wollten. Dieses Vorgehen empfiehlt sich auch in anderen Ortsverbänden zur Nachahmung.

Antiklerikale Aktivitäten

Gegen die finanzielle Förderung konfessioneller Privatschulen hat sich der Landesverband Hessen der Humanistischen Union in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden der SPD und FDP im Landtag gewandt. In dem Schreiben stellt die Humanistische Union fest, daß eine Förderung wie die in Hessen geplante eindeutig der Hessischen Verfassung widerspreche. Artikel 56 derselben besagt, daß in der Regel in allen Schulen die Kinder aller Bekenntnisse gemeinsam erzogen werden sollen. Artikel 61 verlangt, daß die staatliche Genehmigung von Privatschulen versagt werden müsse, „wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert sei.“

Nach Auffassung der Humanistischen Union erscheint es grotesk, wenn der Hessische Staat ausgerechnet konventionelle Privatschulen begünstigt, obwohl die Kirchen über Millionen aus Kirchensteuern und Staatsleistungen verfügen. Der Ortsverband Marburg hat nach dem Beispiel anderer Hessischer Ortsverbände eine Beratungsstelle für Kirchengaustrittswillige eröffnet. Die Beratungsstelle ist unter den Telefonnummern 06421/26606 oder 61377 zu erreichen. Der Ortsverband betont, daß die Beratungsstelle nicht für den Kirchengaustritt werben, sondern allen denen helfen soll, die die Kirchen aus welchen Gründen auch immer, verlassen wollen, aber über die Möglichkeit dazu nicht ausreichend informiert sind. Weitere Beratungsstellen sind für die Kreisstädte Alsfeld, Gießen, Wetzlar, Biedenkopf, Frankenberg und Dillenburg geplant.

Der Ortsverband Mainz veranstaltete am 5. Juni eine öffentliche Podiumsdiskussion zu dem Thema „Religionsunterricht als Pflichtfach – Bildung oder geistiger Zwang?“

Der Ortsverband Hannover untersucht zur Zeit, inwieweit Personalbögen der Landes- und Kommunalverwaltung gegen den Artikel 136 der Weimarer Verfassung, der bekanntlich Bestandteil des Grundgesetzes ist, verstoßen. Nach diesem Artikel haben die Behörden nur insoweit das Recht nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, „als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert“. Nach bisherigen Erkenntnissen des Ortsverbandes ist es aber in Niedersachsen allgemein üblich, daß die Personalakten der Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes in der Regel Vermerke über das Glaubensbekenntnis des Betreffenden enthalten. Der Ortsverband bittet alle Mitglieder ihre diesbezüglichen Erfahrungen ihm mitzuteilen.

Neuwahl in Berlin

Der Landesverband in Berlin hat einen neuen Vorstand gewählt. Diesem gehören an: Brigitte Heinrich, Jörg Beier, Jochen Clauss, Christian Eilingius, Günther Keusch, Dr. med. Dietrich Mackrodt, Jürgen Moser und Klaus Ropper. Einen Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin gibt es nicht mehr. Auf seiner ersten Sitzung hat sich der neue Vorstand darauf geeinigt, künftig als Kollektivvorstand verantwortlich zu zeichnen. Den ausscheidenden Mitgliedern des alten Vorstandes wurde auf der Versammlung für ihre Tätigkeit gedankt, insbesondere Herrn Girschner, der lange Zeit in Berlin Vorsitzender war und der nun aus beruflichen Gründen nach Speyer gehen muß.

Gefängniskurse vorerst gescheitert

Humanistische Union beklagt Mangel an staatlicher Unterstützung
Offener Brief an Hessens Justizminister

Die Arbeit der Projektgruppe Gefangenenbildung des Ortsverbandes Frankfurt/Main der Humanistischen Union im „Gustav-Radbruch-Haus“ ist zum Erliegen gekommen. Die Kurse bzw. Gruppenabende „Recht im Alltag / Behördenkunde“, „Englisch für Anfänger“, „Englisch für Fortgeschrittene“ und „Schreibmaschine“ sind nacheinander von den ehrenamtlichen Lehrkräften eingestellt worden. „Dies liegt zu einem erheblichen Teil an der unzureichenden staatlichen Unterstützung“, heißt es in einem „Offenen Brief“, den die Humanistische Union in dieser Angelegenheit soeben an den Justizminister des Landes Hessen, Karl Hemfler, richtete.

Darin wird insbesondere darüber Klage geführt, daß seitens der Gefängnisverwaltung nur wenig für die Kurse geworben worden sei; daß die Teilnahme an den Kursen dadurch erschwert wurde, „daß die interessierten Gefangenen schriftlich eine Genehmigung beantragen mußten“; daß Zuschüsse zu den

Lehrmaterialkosten und anderen Auslagen nur in äußerst geringem Umfang gewährt wurden, und daß es seitens der Anstaltsleitung gerügt wurde, „wenn beispielsweise im Englischkurs auch einmal über Probleme des Strafvollzuges oder der Politik diskutiert wurde.“

Man sei, so kritisierte die HU, im Gustav-Radbruch-Haus noch weit entfernt von jenen sozialen Vorstellungen, wie sie der fortschrittliche Jurist Gustav Radbruch oder der verstorbene hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer vertraten.

Anzeige

Paul Brecher

DAS GEHEIMNIS DER MENSCHWERDUNG

Das nun wirklich aufregendste Buch unserer Zeit!

Ganz anders als Jacques Monod, der da behauptete, daß der Mensch ein Zufallsprodukt der Natur sei, zeigt Brecher mit wissenschaftlicher und doch spielerisch leicht zu lesender Akribie, daß es, so wie es den Menschen nicht ohne die Natur, die Natur nicht ohne den Menschen gibt.

Das Geheimnis der Menschwerdung ist auch das Geheimnis der Naturwerdung.

Nur, der Mensch ist nicht nur biologisch ein Mensch, nicht nur soziologisch, sondern auch kulturell. Und dazu hat der Verfasser etwas Besonderes zu sagen. Schopenhauer schrieb einmal: „Ich kann mir kein schlimmeres Schicksal vorstellen, als das eines begabten Philosophen, der arm ist.“ Der Verfasser kann das bestätigen. Aber nicht nur er, viele, allzu viele Kulturschaffende leiden bittere Not. Institutionen, Organisationen und auch der Staat haben für sie kein Geld.

Um diese Kulturunwürdigkeit zu beseitigen schlägt der Verfasser die sofortige Abschaffung der KIRCHENSTEUER vor und plädiert für die Einführung einer KULTUR-STEUER in gleicher Höhe, der sich niemand entziehen darf.

Von dieser Kultursteuer können und sollen auch die Kirchen – warum nicht – finanziert werden. Aber nicht mehr ausschließlich. Alle kulturellen Organisationen, große und kleine, aber auch kulturschaffende Einzelpersonen müssen daraus Hilfe und Förderung erfahren.

So gesehen, kann dieses Brecher-Buch: „Das Geheimnis der Menschwerdung“ nicht nur wissenschaftlich, sondern auch kulturell eine absolute Wende bedeuten.

Das Buch, bibliophil ausgestattet, Großformat, Kunstdruckpapier, flexibel gebunden kostet DM 22,-. Zu beziehen durch: Verlag der IVE, 53 Bonn, Reuterstraße 14, Postscheckkonto Köln 250681, (Nachnahme oder Vorkasse) und alle Buchhandlungen.

Gegen die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft

Der Ortsverband Heidelberg setzte seine Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung (vergleiche die letzten MITTEILUNGEN) betreffend den Mangel der Erziehungsberatungsstellen mit einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Kinderfeindlichkeit in Heidelberg?“ fort. Die Podiumsdiskussion fand in der örtlichen Presse überdurchschnittliche Beachtung. Die Presse schrieb unter anderem, daß an diesem Abend all das zu Tage kam, „was Eltern und Erzieher immer wieder auf die Palme, leider aber nicht auf die Barrikaden bringt: der Mangel an Spielplätzen, zu große Gruppen in den Kindergärten, fehlender Ersatz für geschlossene Häuser der Jugend und eine in unserer Gesellschaft auffällige Mißachtung des Kindes...“

Hinweis

Der Ortsverband Marburg hat über seine Aktionen zum § 218 ein sehr instruktives Papier über die Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion verfaßt. Interessierte Mitglieder können diesen Erfahrungsbericht über die Geschäftsstelle in München beziehen.

Männeraktion zum § 218

In den letzten MITTEILUNGEN veröffentlichten wir den Appell der Frauenaktion zum § 218. Inzwischen hat unser Beiratsmitglied, Rechtsanwalt Dr. Hans Heinz Heldmann, eine parallele Männeraktion initiiert. Auch Rechtsanwalt Heldmann schließt sich der Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen an.

Seminare des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand der Humanistischen Union führt im Herbst 1971 zwei zentrale Seminare durch.

Das erste knüpft an das vorjährige Kinderladenseminar an und steht unter dem Thema: „Vorschulerziehung und politische Bildung“. Es soll sich mit der Kinderladenbewegung befassen und Kinderladen-Eltern und Interessenten die Gelegenheit geben, den aktuellen Standort der Kinderladenerziehung zu diskutieren. Der Bundesvorstand schlägt folgende Schwerpunkte für die Tagung vor:

1. Politische Erziehung im Kinderladen: Überprüfung der Ziele und Methoden der Kinderladenerziehung heute.
2. Die Übertragbarkeit eines Modells einer konsequent kollektiven Erziehung auf die BRD: Diskussion des Buches von Bruno Bettelheim, Die Kinder der Zukunft.
3. Kinderläden außerhalb der Universitätsstädte: bevorzugte Einladung von Kinderladen-Eltern und -Interessenten aus Arbeiterstädten, ländlichen Gemeinden und Schlafstädten, um eine Besprechung der besonderen Probleme zu ermöglichen.
4. Konflikte von Elterngruppen und Konfliktlösungsmethoden (Selbsterfahrungsgruppen, Gruppentherapie). Anregungen und Änderungsvorschläge zu diesen Schwerpunkten bitte an Frau Junker-John (Adresse unten). Im übrigen werden die Teilnehmer der Tagung wie das letzte Mal die Möglichkeit haben, die Tagung weitgehend inhaltlich selbst zu organisieren.

Datum der Tagung: Freitag, den 12. 11. abends bis Sonntag, den 14. 11. nachmittags.

Ort der Tagung: Burg Rothenfels bei Lohr am Main.

Wir bitten um Verständnis dafür, daß die Anmeldung erst nach Bestätigung zur Teilnahme berechtigt.

Anmeldung: bei vorläufigem Anmeldeschluß am 15. Oktober 1971 an Monika Junker-John, 6331 Lützellinden, Bitzenstraße 33, Telefon 064 03/20 81.

Das zweite Seminar wird in Springen im Taunus vom 10. bis 12. Dezember 1971 stattfinden. Es wird sich mit dem Thema „Militär in der Demokratie“ beschäftigen. Die Referatsthemen des Seminars sind voraussichtlich: „Außerrechtliche Einflüsse auf das westdeutsche Wehrrecht“, „die gesellschaftliche Funktion des Militarismus in Ost und West“, „Nonkonformisten in Uniform“, „Der Verfall der inneren Führung“, „Die Miliz als demokratische Alternative zu Wehrpflichtarmee und Berufsheer“.

Wir bitten um baldige verbindliche Anmeldung zu den Seminaren, da die Teilnehmerzahl aus technischen Gründen jeweils strikt auf 50 begrenzt ist und die Anmeldungen in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt werden.

Trotzdem veröffentlichen wir seinen Appell, da wir, wie bei der Frauenaktion, mit ihm in den grundsätzlichen Intentionen übereinstimmen. Die Humanistische Union hält nach wie vor an ihrem Alternativvorschlag vom vorigen Jahr fest. Wer die Aktion Dr. Heldmanns unterstützen will, sende seine Unterschrift bitte direkt an ihn: Dr. Hans Heinz Heldmann, 6103 Griesheim bei Darmstadt, Brahmstraße 4.

Der Appell Dr. Heldmanns hat folgenden Wortlaut:

„Jährlich treiben in der Bundesrepublik schätzungsweise eine Million Frauen ab. Hunderte sterben, Zehntausende bleiben krank und steril, weil der Eingriff von Laien vorgenommen wird. Von Fachärzten vorgenommen, ist der Schwangerschaftsabbruch ein einfacher Eingriff.

Frauen mit Geld können ohne Gefahr für Leben und Gesundheit im In- und Ausland abtreiben. Frauen ohne Geld zwingt der § 218 auf die Küchentische der Kurpfuscher. Er stempelt sie zu Verbrecherinnen und droht ihnen mit Gefängnis bis zu fünf Jahren.

Trotzdem treiben Millionen Frauen ab. Und Millionen Männer helfen zu Abtreibungen, sei es durch aktives Tun, sei es, indem sie unterlassen, ihre Partnerin von einer Abtreibung abzuhalten.

Ich gehöre zu diesen Männern.

Ich bin gegen den § 218 und für Wunsch Kinder. Ich bin gegen den staatlichen Zwang, Kinder zu gebären, die nicht gewollt sind und deren unbeschädigte Persönlichkeitsentwicklung darum von Anfang an ganz außergewöhnlich gefährdet ist.

Ich fordere, § 218 ersatzlos zu streichen und damit die Kriminalisierung von Millionen Bürgern dieses Landes zu beenden.“

Die Teilnehmer erhalten rechtzeitig ein ausführliches Seminarprogramm. Die Teilnehmergebühren betragen pro Person DM 35,- und sollten bis spätestens 3 Wochen vor dem jeweiligen Seminarbeginn auf eines unserer Konten unter Angabe des Seminarthemas überwiesen sein. Mit der Teilnahmegebühr sind Unterkunft, Verpflegung und die Fahrtkosten 2. Klasse Bundesbahn abgegolten. Zur Anmeldung bitten wir Sie nachfolgenden Revers zu benutzen.

Hiermit melde ich mich verbindlich zur Teilnahme an dem Seminar an:

Name:

Vorname:

Anschrift:

Bei Nichtteilnahme am Seminar verpflichte ich mich, der Humanistischen Union eine Unkostenpauschale von DM 10,- zu erstatten, insofern ich nicht meine Teilnahme 2 Wochen vor dem Seminar abgesagt habe.

Datum: Unterschrift:

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkewitz.

Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48, Telefon: 30 20 96 / 97. Redaktionsschluß 20. 7. 1971

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 23. 9. 1971 Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678. Postscheck München 104200.